

## Fernando de la Rúa in Brasilien

### Kritik an Menem und Wunsch nach Neubelebung des Mercosur

Nur einen Tag vor der Zusammenkunft mit dem scheidenden Präsidenten Carlos Menem hat der neugewählte Präsident Fernando de la Rúa bei seiner Brasilien-Reise Mitte der Woche harsche Kritik an der Verwaltungsarbeit seines Vorgängers geäußert. „Man hinterläßt mir die Buchführung sehr ungeordnet“, war die unmißverständliche Botschaft de la Rúas am Mittwoch in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia. Der UCR-Politiker bezog sich dabei unmissverständlich auf das administrative Erbe, welches ihm die scheidende Menem-Regierung hinterläßt. In einem Vier-Augen-Gespräch mit Brasiliens Präsident Fernando Enrique Cardoso verteidigte de la Rúa die Ansicht, im Mercosur nicht nur Handelsbeziehungen einzuschließen. Erforderlich sei eine Intensivierung der politischen und technologischen Koordinierung sowie die Einbeziehung der Sozialpolitik.

Wie bereits in der vergangenen Woche der Chefwirtschaftler der Allianz und wahrscheinliche Wirtschaftsminister, José Luis Machinea, kritisierte de la Rúa auf der Kurzreise ins Nachbarland auch das eigene Fiskaldefizit, das für das Jahr 2000 mit zehn Milliarden Pesos veranschlagt wird. Auch lastete der neue Präsident seinem Vorgänger „sehr unklare Zahlen“ des PAMI und eine „nicht unbedeutende Schuld“ der

Provinzen an, die de la Rúa mit 20 Milliarden Pesos bezifferte.

Die Kritik kam weniger als 24 Stunden vor seinem Treffen mit Menem in der Residenz in Olivos. Gefragt, ob diese Erbschaft die zukünftige Verwaltung ins Stocken bringen könnte, antwortete de la Rúa zweifelnd: „Ich weiß es nicht“, fügte jedoch unmittelbar hinzu: „Es gibt von dieser Regierung unterzeichnete Verpflichtungen, die in der nächsten Legislaturperiode sehr schwer wiegen werden.“

Er zögerte nicht, der scheidenden Regierung die Verantwortung für die angespannten Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien im Zusammenhang mit dem Mercosur zu geben.

Fernando de la Rúa war in Brasilia mit Präsident Cardoso im Palacio de la Alvorada zusammengetroffen. Anschliessend stand ein Essen mit dem brasilianischen Vizeaußenminister Luis Felipe Seixas Correa, dem brasilianischen Botschafter in Buenos Aires, Sebastian Do Rego Barros, und dem argentinischen Botschafter in Brasilia, Jorge Hugo Herrera Vegas auf dem Programm. De la Rúa besuchte auch den brasilianischen Kongress und die Abgeordnetenversammlung, ehe ein Gespräch mit dem Präsidenten des Obersten Bundesgerichtshofes die Kurzreise abschloss.

## Gipfeltreffen in Olivos - aber kein Pakt

### Forderung der Verabschiedung von Haushalt und Mitbeteiligung

Präsident Carlos Menem und sein gewählter Nachfolger, Fernando de la Rúa, haben sich am Donnerstag im Anschluss an die Kabinettsitzung zu einem Gespräch in der Präsidentenresidenz in Olivos getroffen. Allerdings waren Ähnlichkeiten zu dem seinerzeitigen Treffen Menems mit Raúl Alfonsín, das in dem unvergessenen „Pakt von Olivos“ endete, nur zufällig.

Präsident Menem versicherte nach dem Treffen, dass Regierungsbeamte und Techniker von der Allianz gemeinsam die Zahlen des Haushalts prüften, der noch vor dem 10. Dezember verabschiedet wird. Das Gleiche versprach Menem für das Projekt der Mitbeteiligung (Co-participación Federal), das mit einem Konsens beider Parteien ebenfalls noch vor der Regierungsübernahme durch de la Rúa Gesetzeskraft erlangen soll.

Außerdem verpflichtete sich Menem, keine weitere „außergewöhnliche Verpflichtung“ einzugehen, die dann zu Lasten der neuen Regierung ginge. Der Präsident bestritt jedoch, eine Gehaltserhöhung im

öffentlichen Dienst zugesagt zu haben.

De la Rúa gab sich in dem formellen Ambiente der Zusammenkunft, die genau 70 Minuten dauerte, zurückhaltend. Wie sowohl aus der Casa Rosada als auch aus Allianz-Spitze verlautete, habe man in beiderseitigem Einverständnis das Treffen als „herzlich“ bezeichnet.

Dennoch bestand de la Rúa auf Distanz und lehnte eine Einladung zum Mittagessen, einen Spaziergang durch den Park der Residenz, sowie eine gemeinsame Pressekonferenz entschieden ab. Die Atmosphäre war zwar nicht die zwischen „feindlichen Brüdern“, wie das eine hauptstädtische Zeitung glauben machen wollte, aber ebensowenig „herzlich“, wie am Freitag Innenminister Carlos Corach erklärte.

An dem Gespräch nahmen auf Seiten Menems Präsidialsekretär Alberto Kohan und Innenminister Carlos Corach teil. De la Rúa wurde von Rodolfo Terragno und Darío Lopérfido begleitet. Es gab auch eine „Gastgeberin“: Töchterchen Zulemita empfing mit Wangenküssen den gewählten Präsidenten, servierte Kaffee und verschwand.

## Ministernamen nach Paris-Reise

### Kabinet de la Rúas wird nicht vor Donnerstag bekanntgegeben

Der gewählte Präsident Fernando de la Rúa wird die Besetzung der Ministerposten in der neuen Regierung erst in der kommenden Woche bekanntgeben. „Ich werde mein Kabinet veröffentlichten, wenn alle Namen feststehen. Ich möchte sie alle zusammen vorstellen, nicht jeden einzelnen Minister“, sagte der UCR-Politiker am Mittwoch in Buenos Aires. Damit drückte de la Rúa sein Widerstreben aus, die bereits feststehenden Amtsinhaber und die noch zu besetzenden Ministerien zu nennen. Gegenüber dem Vertreter einer Tageszeitung in Buenos Aires versicherte der gewählte Präsident, er werde sein Kabinet nicht vor seiner Rückkehr aus Paris am kommenden Donnerstag vorstellen.

Heute fliegt de la Rúa in die französische Hauptstadt, um dort an dem Kongress der Sozialistischen Internationale teilzunehmen, deren Vollmitglied der Radikalismus ab nächster Woche sein wird. Bestä-

tigt sich diese Erklärung, wird de la Rúa seine Kabinettsliste nicht vor dem 11. November verlesen, einen Monat, bevor er sein Amt als Präsident antritt.

Auf der Reise in die französische Hauptstadt wird der neugewählte Präsident von Rodolfo Terragno begleitet, dessen Abwesenheit bei de la Rúas Brasilia-Reise Mitte der Woche zunächst von politischen Beobachtern als Zeichen dafür gewertet worden war, dass der Ex-Minister in der Alfonsín-Regierung ein eventuelles Amt im Außenministerium verloren habe. Mitglieder der Delegation, die de la Rúa nach Brasilien begleitet hatten, dementierten dies jedoch.

Obwohl de la Rúa, in Brasilia gefragt, ob er bei einem Wirtschaftstreffen in Mar del Plata den Wirtschaftsminister Machinea vorstellen werde, bei seiner „Namenssperre“ blieb, soll Allianz-Wirtschaftsexperte José-Luis Machinea der einzig sichere Ministertip sein.

## Persönliche Sicherheit vorrangig

Unbefangene Beobachter waren überrascht, linkslastige Politiker entrüstet, als der gewählte Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Vizepräsident Carlos Ruckauf, ankündigte, dass er dem Bürgermeister von San Miguel, Oberstleutnant i.R. Aldo Rico, das Ministerium für Sicherheit und Justiz angeboten habe. Ausserdem sei dem Bürgermeister von Escobar, Polizeikommissar i.R. Luis Patti, die Rolle des Beraters in Sicherheitsfragen anheimgestellt worden.

Rico hatte zu Ostern 1987 als Oberstleutnant im Dienst in Campo de Mayo gegen Präsident Alfonsín geputscht, liess aber von seinen revolutionären Gelüsten ab, nachdem der Präsident mit ihm verhandelt und danach behauptet hatte, dass das Haus in Ordnung sei. Das stimmte freilich keinesfalls, doch ebnete der verfehlte Putsch den politischen Weg für die Gesetze über die Gehorsampflicht und des Schlusspunktes, durch die zahlreiche Offiziere wegen ihrer Verantwortlichkeiten im Kampf gegen die Terroristen nicht vor Gericht belangt werden konnten, gleichsam als eine Amnestie, die formell keine war. Rico wurde später verurteilt und begnadigt, kam aber mit einem blauen Auge davon. Seither widmet er sich der Politik und stellt sich als lauterer Demokrat vor.

In dieser Eigenschaft wurde Rico für eine kleine Hauspartei in den Kongress als Nationaldeputierter gewählt, landete danach in der Provinz Buenos Aires, wo er im Bezirk San Miguel nordwestlich der Bundeshauptstadt 1997 zum Bürgermeister gewählt und 1999 wiedergewählt wurde, zuletzt mit überraschenden 68 Prozent. Dazwischen hatte Rico mit seinen Abgeordneten in der Konstituante der Provinz Buenos Aires für die knappe Mehrheit mit den Justizialisten gesorgt, die Gouverneur Duhalde 1995 die Wiederwahl ermöglichte. Rico ist längst der Justizialistischen Partei beigetreten.

Die politische Geschichte des Polizeikommissars Patti etablierte ihn als tüchtigen Kommissar im Amt des Bürgermeisters von Escobar nördlich der Bundeshauptstadt, wo er ebenso wie Rico dafür sorgte, dass die Verbrecher ihr Unwesen anderweitig verrichteten, obwohl beide Bürgermeister keine Polizeikräfte befehligen, die der Provinzregierung unterstellt sind.

Escobar und San Miguel gelten als Bezirke, wo für die persönliche Sicherheit Garantien bestehen, so dass die üblichen Verbrechen wie Überfälle, Autodiebstähle, allenfalls Morde, nur am Rande geschehen, anders als in den übrigen Bezirken von Gross Buenos Aires, wo sie an der Tagesordnung sind, zahllose Geschäfte bereits mehrmals überfallen worden sind sowie insbesondere Banküberfälle laufend berichtet werden, abgesehen von Morden für geraubtes Kleingeld und dergleichen mehr.

Patti gelang die Wiederwahl als Bürgermeister von Escobar mit beachtenswerten 55 Prozent der Stimmen, wobei hinzu kam, dass sein politischer Parteifreund Sergio Bivort den Bürgermeister von Pilar nordwestlich der Bundeshauptstadt besiegte, dem die Wiederwahl misslang. Pilar ist ein aufstrebender Bezirk mit zahlreichen industriellen Niederlassungen, Universitäten, Schulen, Poloklubs und geschlossenen Wohnvierteln, genannt „countries“. Patts Griff nach dem Gouverneursamt als Kandidat einer vom PJ abtrünnigen Hauspartei misslang freilich mit einem Achtungsergebnis von 7

Prozent der Stimmen.

Wenn in der Politik das Image bestimmter Personen wichtig ist, dann gilt das sicherlich für Rico und Patti. Sie strahlen Autorität aus, so dass sich die Verbrecher vor ihnen fürchten müssen, wenn beide die höchsten Ämter für Sicherheit in der Provinz betreuen. Rico tritt wie ein Haudegen oder Rambo auf, der mit militärischer Manier gebietet. Patti kennt sich in der Polizei aus, wird ihm doch von seinen Gegnern vorgehalten, dass er Polizeihäftlinge gelegentlich gefoltert habe, um Geständnisse herauszupressen.

Dass Radikale und Frepaso-Politiker die Ernennungen von Rico und Patti ablehnen, versteht sich von selber. Die Gouverneurskandidatin Graciela Fernández Meijide gilt in Sachen persönliche Sicherheit als sogenannte Garantistin, womit im jüngsten politischen Jargon Argentiniens gemeint ist, dass die Menschenrechte der Verbrecher vor Polizeiübergreifen zu schützen sind, indem auch das Strafrecht und das Strafprozessrecht solchen Schutz verheissen sollen.

Ganz anders stellte sich Ruckauf als Kandidat vor, als er meinte, die Polizei müsse gegen Verbrecher und Mörder rücksichtslos schießen. Ruckauf bedrängte zudem den Sicherheitsminister Duhalde, León Arslanian, als zu weich im Kampf gegen das Verbrechen, der daraufhin demissionierte. Duhalde Polizeireformen erwiesen sich als unzulänglich. Zuerst bezeichnete er seine Polizei als die beste der Welt, später schwenkte er in Hinblick auf seine Präsidentschaftskandidatur um und entliess den Polizeichef. In der Folge wurden mehrere tausend Polizeioffiziere entlassen, die der Korruption bezichtigt worden waren. Die Methoden, mit denen zahlreiche Verbrecher ihre Delikte seither verüben, deuten darauf, dass sie beruflich als Polizisten ausgebildet worden waren, worauf die Annahme beruht, dass zumindest ein Teil der zahlreichen Verbrechen im Raum Gross Buenos Aires und auf den Landstrassen als sogenannte Asphaltpiraten von entlassenen Polizisten der Provinz Buenos Aires verrichtet werden.

Ruckauf entwickelte ein Projekt zur Reform der Provinzpolizei. Die Reviere („comisarias“) sollen in ihren Bezirken zum Schutz der Einwohner wirken und mit diesen eng zusammenarbeiten. Eine zentrale Polizeistelle der Provinz soll für besondere Untersuchungen sorgen und eine Sonderabteilung für Verbrechen bereit stehen, damit sie schnellstens eingreift. Als Polizeichef wird Kommissar Víctor Fogelman gehandelt, der die Ermittlungen im Mordfall des Pressefotografen José Luis Cabezas im Gericht der Stadt Dolores geleitet hatte und dadurch landesweit bekannt geworden ist.

Es geht hierbei um die persönliche Sicherheit von Millionen Menschen in der Provinz Buenos Aires, die sich zu Recht verunsichert fühlen und Überfälle, Diebstahl, Morde, Geiselnahmen und Erpressungen befürchten. Die täglichen Berichte in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen über die Verbrechen des Vortages verbreiten diese Furcht. Ruckauf versteht die Zeichen sicherlich zutreffend, wenn er sich primär um die Sicherheit kümmert. Rico, Patti und Fogelman werden ab 10. Dezember zeigen müssen, ob es ihnen gelingt, den Verbrechern das Handwerk zu erschweren, anderenfalls sich Gouverneur Ruckauf gelegentlich neue Methoden wird einfallen lassen müssen.

### PJ-Triumph in Jujuy

Die Wahljustiz in der Provinz Jujuy hat am Mittwoch endgültig den Wahlsieg des justizialistischen Gouverneurs Eduardo Fellner verkündet. Fellner erreichte nach der Schlußzählung bei der Wahl am 24. Oktober 3.000 Stimmen mehr als sein Rivale Gerardo Morales von der Allianz. Das von der Wahljustiz bekanntgegebene Resultat spricht der PJ-Formel Eduardo Fellner-Rubén Daza 129.556 Stimmen zu, die Formel Gerardo Morales von der UCR und Pedro Figueroa vom MORECI, einer mit der Allianz verbündeten Provinzpartei, bekam demnach 126.556 Stimmen. Dessenungeachtet spricht die Allianz weiterhin von Wahlbetrug und hat einen Einspruch bei der Obersten Nationalen Wahlbehörde angekündigt.

### Balza geht

General Martín Balza, der wie kein anderer die Unterordnung der Streitkräfte unter die politische Gewalt versinnbildlicht, hat am Donnerstag seinen Rücktritt als Heereschef eingereicht und seine Versetzung in den Ruhestand beantragt. Über das Gesuch Balzas, der acht Jahre dem Heer vorstand, muss Präsident Carlos Menem entscheiden, der Balzas Wunsch sofort oder erst am 10. Dezember entsprechen kann.

In seiner Funktion als Heereschef muss sich der General am 20. Dezember vor Bundesrichter Jorge Urso wegen des illegalen Wafhandels mit Kroatien und Ecuador verantworten.

# Allianz-Ausflug in die Casa Rosada

## Delegierte für den Wechsel sprachen mit Rodríguez, Corach und Kohan

Die gewählte Allianz-Regierung hat sich zu Wochenbeginn bei einem Besuch in der Casa Rosada über den Verwaltungsapparat der scheidenden Regierung informiert. Die Allianz-Beauftragten äußerten dabei „die Besorgnis“ der Koalition hinsichtlich der Verschuldung der Provinzen, mit der sich die Allianz vom 10. Dezember an konfrontiert sieht, und sprachen von der „Möglichkeit, einen Konsens für den Haushalt 2000 zu erreichen“.

Bei dem Besuch kam es zu Treffen mit Innenminister Carlos Corach, Kabinettschef Jorge Rodríguez und Präsidialsekretär Alberto Kohan. Während Kohan mit den Gästen durch das Regierungsgebäude spazierte, als wäre er ein Fremdenführer, füllte Corach den Kofferraum eines Autos mit Unterlagen und Akten. Rodríguez sprach drei Stunden lang mit den Allianz-Politikern in einem Klima ausgesprochenen Herzlichkeit, wie es bis vor kurzem noch unvorstellbar war. Dabei erklärte Rodríguez, dass die Regierung außergewöhnliche Sitzungen für die Debatte, eine eventuelle Verabschiedung des Haushaltes 2000 und das Gesetz über die Mitbeteiligung einberufen werde.

Innenminister Corach informierte Alberto Flamarique und Jorge de la Rúa über die Situation der Provinzen. Beide trafen sich im Anschluss mit Kohan, um sich über die Funktion des Präsidiament-Sekretariates

zu informieren. In seinem Arbeitszimmer empfing Kabinettschef Rodríguez den Ex-Banker Fernando De Santibañes, seinen möglichen Nachfolger, und Cecilia Felgueras. Gegenstand der Unterredung waren Berichte und Unterlagen über die fälligen Kreditrückzahlungen sowohl bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID als auch bei der Weltbank. Nach den Berechnungen der Allianz seien mehr als 20 Milliarden Dollar zurückzuzahlen.

Hinsichtlich der ungleichmäßigen Verteilung der Beiträge des Schatzamtes (ATN, Aportes del Tesoro Nacional) reklamierten die Beauftragten der Allianz detaillierte Berichte. Im Rahmen dieser regelmäßigen Besuche ist geplant, dass Kohan in der nächsten Woche mit Flamarique und Jorge de la Rúa die Präsidentenresidenz in Olivos „besichtigt“. Die auf Anordnung des gewählten Präsidenten Fernando de la Rúa durchgeführte Visite von Allianzbeauftragten war Teil der Orientierungsphase, mit welcher sich die neue Regierung Klarheit hinsichtlich der Verwaltungssituation, mit der sie vom 10. Dezember konfrontiert sein wird, verschaffen will. Im Unterschied zu vorherigen Treffen dieser Art wie in der vergangenen Woche im Rentnersozialwerk PAMI, bat de la Rúa dabei um die Erstellung eines „dauernden Dialogkanals“ mit den Beamten Carlos Menems.

# Aschermittwoch in der Hauptstadt

## Menem: „Wir brauchen Mut, Einigkeit und Rücktritte“

Vor zwanzig Menemisten, aber unter sich verfeindeten Mitgliedern des Stadt-PJ, hat der scheidende Präsident Carlos Menem ein Rezept vorgestellt, wie sich der PJ in der Hauptstadt von der schlimmsten Niederlage seiner Geschichte wieder erholen könne. „Wir brauchen Mut, Berufung zur Einigkeit und Rücktritte“, erklärte Menem ohne Namen zu nennen. Bei keinem der Anwesenden bestand allerdings ein Zweifel darüber, dass „Rücktritte“ auf Raúl Granillo Ocampo gemünzt war, dem Chef des Stadt-PJ und Kandidaten für die Stadtregierung.

Menem überraschte auch mit einem Hinweis auf mögliche Wahlallianzen mit Domingo Cavallo und Gustavo Beliz, zwei Politiker mit Gewicht in der Hauptstadt und entschiedene Gegner von Menem.

Trotzdem schloss er ein Zweckbündnis als Möglichkeit, der Allianz eine ihrer Bastionen abzunehmen, nicht aus: „Das Oktoberresultat beweist einen außerordentlichen Niedergang. Wir müssen da irgend etwas tun. Man kann mit anderen Kräften paktieren, doch vorher ist es notwendig, sich zu einigen. Andernfalls verschicken wir die Partei“, sagte der Präsident.

Granillo Ocampo erreichte die Kandidatur mit Mühe und Not in

einer umstrittenen Internwahl, welche die bereits vorher existierenden tiefgehenden Spaltungen noch vergrößert hat. Die mageren neun Prozent, die der Stadt-PJ bei der Wahl errang, brachten das Fass zum Überlaufen. Die in besagter Internwahl Unterlegenen und andere Sektoren ohne Repräsentati-

on in der Partei wie der Duhaldismus fordern jetzt den „Kopf“ des Justizministers.

Daher ließen am Montag die Anhänger Granillo Ocampos verlauten, dass die von Menem geforderten Rücktritte sich auch auf Ambitionen und nicht auf Kandidaturen beziehen könnten. Verwie-

sen wurde dabei auf den Sektor um Daniel Scioli und Pacho O'Donnell, der die Legitimität Granillo Ocampos in Frage stellt.

Das auf dem Treffen von Menem verkündete Gebot des „Arbeitens für die Einheit“ scheint jedoch reine Utopie zu sein.

### INVIERTA EN DIAMANTES

# KOH-I-NOOR





KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

NUEVA LINEA DE  
HELADERAS Y FREEZERS

Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia de Buenos Aires - Argentina.  
Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.



**(011) 4730-0011**  
CENTRO  
KOH-I-NOOR  
DE INFORMACION  
Y ASESORAMIENTO  
AL USUARIO.

# Widerstand gegen PAMI-Intervention

## Rebellion gegen die Entscheidung der gewählten Regierung

Ein Direktionsmitglied des Rentnersozialwerkes PAMI und enger Vertrauter von Víctor Alderete, Elpidio González, hat mit der Organisation einer Öffentlichkeitskampagne begonnen. Derart soll Druck auf die gewählte Regierung ausgeübt werden, damit diese auf die Intervention verzichtet. Gegen González, den Präsidenten der Confederación Mesa Federal de Jubilados, Pensionados y Tercera Edad de la República Argentina (Dachverband von Rentner-, Pensionisten- und Seniorenvereinigungen) und seit 1997 Direktor der Institution hat die Ombudsfrau Alicia Oliveira Anzeige erstattet, weil er zwei Protestmärsche gegen sie finanzierte.

Es ging dabei um die Entscheidung der Justiz gegen den Gesundheitsplan für eine Milliarde Pesos, den Alderete noch vor dem

10. Dezember in Gang bringen wollte. Gemäß Äußerungen des Ex-PAMI-Direktors Julio Liberman gehören Alderete und González wie Pech und Schwefel zusammen.

Seit Freitag der vergangenen Woche nimmt ein Rechnungsprüferteam Fernando de la Rúas die Geschäfte der Institution unter die Lupe. Der Prüfungsbericht soll in der kommenden Woche dem gewählten Präsidenten übergeben werden.

Die Allianz schließt die mememistische Amtstätigkeit in dem Rentnersozialwerk in die Parade-fälle der Korruption ein.

Rentnerorganisationen haben die Presse darüber informiert, dass sie warnende Aufforderungen erhalten hätten, sich an den Manövern gegen die Intervention anzuschließen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass Gon-

zález in den Sitzungen des Direktoriums den Entscheidungen Alderetes nie widersprochen habe.

Der PAMI-Chef seinerseits wird am Montag im Zusammenhang mit der Ausplünderung des Instituto de Servicios Sociales Bancarios, in dem González als Interventor tätig war, von einem Richter vernommen. Dabei geht es um zwei Milliarden Pesos. Daneben aber wird gegen ihn in nicht weniger als 17 weiteren Verfahren ermittelt.

Eines seiner „Meisterstücke“ ist eine vom PAMI finanzierte Videokassette mit Gymnastik für Senioren und dem Titel „PAMI-GYM“. Das Video wurde jedoch nicht von allen gefeiert: „Mein Kinesiologe sagte mir, wenn wir die Übungen machen, die uns Alderete schickt, werden wir krankenhausreif sein“, sagte eine Rentnerin.

## Doppelter de la Rúa

Jorge de la Rúa steht allem Anschein nach einen Schritt vor der Verwandlung in den neuen Generaldirektor des Präsidentschaftsamt. Sein älterer Bruder, der gewählte Präsident Fernando de la Rúa, hat seine Mitarbeiter und den Vizepräsidenten „Chacho“ Alvarez bereits darauf hingewiesen, dass Jorge die geeignete Person für das Vertrauensamt sei.

Der Anwalt, Ex-Präsident des Sportclubs Belgrano in Córdoba und Ex-Regierungsfunktionär bei Eduardo Angeloz, gestaltet derzeit den Projektentwurf der Allianz zur Strukturreform von Regierung und öffentlicher Verwaltung. Diese Aufgabe hatte der Präsidentenbruder bereits in der Provinzregierung ausgeübt.

Der Entwurf geht von der Erhaltung der derzeitigen Zahl von acht Ministerien und dem Büro des Kabinettschefs aus, wenn auch mit einer anderen Struktur. Im Kabinett werden die Ressorts Wirtschaft, Öffentliche Bauten, Äußere Beziehungen, Gesundheit und Soziales, Bildung und Justiz, Inneres, Arbeit und Verteidigung vertreten sein.

Als Unterschied zur derzeitigen Struktur werden die Ressorts Wirtschaft und Öffentliche Bauten und Dienste getrennt. Bildung und Justiz hingegen werden zusammengelegt, wie das auch schon unter Raúl Alfonsín der Fall war. Auch ist beabsichtigt, das Sekretariat für Sozialentwicklung in das Ministerium für Gesundheit und Soziales einzubeziehen. Obwohl sich Jorge de la Rúa in den letzten Jahren intensiv seiner Dozententätigkeit und seiner Anwaltspraxis widmete, ließ er seine Justizkarriere nicht aus den Augen und ist heute beigeordneter Richter des Obersten Gerichtshofes. Sein Profil passt zu dem Amt des Generalsekretärs wie angegossen und er genießt das absolute politische und persönliche Vertrauen des gewählten Präsidenten.

## ANSES und der „Jahr 2000-Effekt“

Die 3,5 Millionen Rentner und Pensionempfänger werden in diesem Monat den ersten Schritt ins neue Jahrtausend tun. In den Unterlagen für die Zahlung der Oktoberrenten und -pensionen, deren Zahlung am Montag begann, wird das Jahr mit vier Stellen ausgewiesen und nicht mit zwei, wie bisher üblich.

Diese Änderung, die auf den ersten Blick unwesentlich erscheint, sorgt dafür, dass die Computer den Jahreswechsel korrekt lesen und es keine Probleme mit den Zahlungen gibt. Seit vielen Jahren wurden die Zahlungen mit einem zweistelligen Hinweis

auf das Jahr geleistet. So hieß es zum Beispiel im September: 01-09-99. Seit Montag erscheint die Jahresangabe vierstellig: 1999 jetzt und in wenigen Monaten 2000.

Zu Beginn der Computerära reduzierten die Informatikfachleute beim Entwurf der Systeme den Raum für die Datenspeicherung auf das Äußerste, da die Speicherung in den Computern sehr teuer war. Eine Form der Einsparung war die Jahresangabe mit den zwei letzten Stellen, wobei man davon ausging, daß die beiden ersten Stellen 1 und 9 waren. Das heißt, daß man 24/01/

56 als 24. Januar 1956 interpretierte. Doch die Grenze, die jetzt überschritten werden muss, ist die Jahrtausendwende. Mit dem derzeitigen System würde die Angabe 19/06/00 19. Juni 1900 bedeuten und so würden dies auch die nicht angepaßten Computer an Stelle von 19/06/2000 lesen. Die Folge wären schwerwiegende Fehler in den Datenverarbeitungssystemen der Banken und Einrichtungen wie der ANSES, was im Zusammenhang mit den Zahlungen von Renten und Pensionen unabsehbare Auswirkungen haben könnte. ANSES-Direktor Leopoldo van Cauwlaert erklärte dann auch selbstbewusst gegenüber der Presse: „Die ANSES ist gegen den ‚Jahr 2000-Effekt‘ gefeit.“



**KONRAD LORENZ**

**SCHULE**

Deutsch  
Englisch  
Ökologie



**HASEN SCHULE**

**KINDERGARTEN**

Schule  
Ej. Sarmiento 1565  
4797-5876  
Florida

Kindergarten  
Cnel. Rosetti 1738  
4760-2999  
Florida



**SERVICIOS DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

# Machinea: „Fiskaldefizit 10 Milliarden“

## Allianz wirft der Regierung „Manöver mit Schulden der öffentlichen Hand“ vor

Die scheidende Regierung von Präsident Carlos Menem wird nach Allianzschätzungen ein Fiskaldefizit von fast 10 Milliarden Pesos hinterlassen. Das erklärte der Allianz-Wirtschaftler José Luis Machinea Anfang der Woche. In einem an die Öffentlichkeit gelangten „geheimen Bericht“ über das wirtschaftliche Erbe der Menem-Regierung wird der scheidenden Verwaltung vorgeworfen, öffentliche Schuld zu verstecken und Einnahmen in Höhe von 2,6 Milliarden Pesos falsch zu verbuchen. Auf diese Weise würden die öffentlichen Finanzen „geschminkt“.

In dem von Machinea erstellten Bericht wird festgehalten, dass „die scheidende Regierung die Handlungsfähigkeit der kommenden Regierung einschränkt“. Außerdem unterstreicht der Bericht, dass das Wirtschaftsministerium Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten in Höhe von 800 Millionen Pesos überhaupt nicht erfasst habe. Auch wird den Beamten des Wirtschaftsministeriums ein „Manöver mit Eigenmitteln“ vorgeworfen, die fälschlicherweise als Einnahmen ausgewiesen wurden. Die Allianz geht davon aus, dass vermutlich 1,8 Milliarden Pesos der neuen Regierung als Einnahmen aus Steuern hinterlassen werden sollen, ohne anzuerkennen, dass dies Privatisierungserlöse seien. In dem Bericht heißt es: „Diese außergewöhnlichen Einnahmen in Höhe von 1,8 Milliarden Pesos wurden in das Endresultat des Schatzamtes ohne Privatisationen eingeschlossen.“ Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass diese außergewöhnlichen Einnahmen der neuen Regierung nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

In Konsequenz schließt der Bericht in unmißverständlicher Form:

„Diese Situation zwingt die neue Regierung zur Ergreifung einer Reihe von Maßnahmen zur Reduzierung der Ausgaben und Erhöhung der Steuereinnahmen. Andernfalls“, so heißt es weiter, „könnte das Fiskaldefizit im Jahr 2000 10 Milliarden betragen.“

Der Bericht beginnt mit dem Hinweis, dass das Fiskaldefizit für 1999 höher ist, als die 5,1 Milliarden Pesos, die von der Regierung anerkannt werden. Gemäß den Finanzfachleuten der Allianz habe das Wirtschaftsministerium aus „Zweckmäßigkeit“ die Wirtschaftsentwicklung überschätzt und höhere Steuereinnahmen vorausgesagt als die, die tatsächlich eingehen. Der Text besagt, dass „ausgehend von der Entwicklung der öffentlichen Finanzen während des laufenden Jahres das Defizit 5,9 Milliarden betragen würde“. Doch seien, so heißt es, noch 800 Millionen Pesos für Lieferanten fällig und wenn diese Verpflichtungen bereinigt würden, stiege das Defizit auf 6,7 Milliarden Pesos. Diese rückständigen Zahlungen werden derzeit von Wirtschaftsminister Roque Fernández nicht als Defizit verbucht. Er besteht darauf, dass das Defizit nicht mehr als 5,1 Milliarden betrage und gibt allerhöchstens einen Überhang von weniger als 100 Millionen zu.

Andererseits kritisiert der Bericht Machineas die derzeitige Verwaltung, „weil sie trotz der prekären Fiskalsituation entschied, mit dem Zeitplan der Ermäßigungen für Arbeitgeberbeiträge fortzufahren, die nicht mittels einer Erhöhung aus Einnahmen einer anderen Steuer ausgeglichen wurden“. „Auf diese Weise“, so Machinea, „wurden die Steuereinnahmen des nächsten Jahres um insgesamt 1,4 Milliarden verkürzt.“

## DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

### Kirchner unter Verdacht

Der Rechnungshof von Santa Cruz hat Anzeige gegen den Gouverneur Néstor Kirchner erstattet. Nach Presseberichten vom Montag wird dem Gouverneur vorgeworfen, mit öffentlichen Mitteln Feuerwerkskörper für die kommende Silvesterfeier gekauft zu haben. Am Dienstag besagte eine andere Meldung, der Rechnungshof habe, so der Behördenchef, keine Anzeige erstattet.

### Behindertenfreundlich

Das erste behindertenfreundliche Gebäude der Stadt ist zu Wochenbeginn in Buenos Aires eröffnet worden. Das Hochhaus „Edificio del Plata“ verfügt über Informationsschilder mit Brailleschrift in den Aufzügen, Rampen, Toiletten und Parkmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer.

### Demonstration

Zwei Monate nach der Tragödie des LAPA-Flugzeuges, das an der Costanera beim Stadtflughafen Aeroparque ausbrannte, hat in Córdoba eine Demonstration zum Gedenken an die 67 Todesopfer des Unglücks stattgefunden. Mehr als 150 Personen, die sich vor dem Flughafen in Córdoba versammelt hatten, schrien „Mörder, Mörder“, als die Flughafenlautsprecher den Abflug einer LAPA-Maschine ankündigte. Die Demonstranten forderten auch

eine vollständige Aufklärung des Unglücks und die Bestrafung der Verantwortlichen.

### Jujuy I

Mit einer lautstarken Demonstration hat am Montag in der Hauptstadt der Provinz Jujuy die „Allianz gegen Wahlschwindel“ gegen die Gouverneurswahl vom 24. Oktober protestiert und Neuwahlen gefordert. Zehn Tage nach den Wahlen kennt in Jujuy noch niemand den Namen des Gouverneurs, sowohl der PJ als auch die Allianz sprechen sich den Sieg zu.

### Jujuy II

Der Kandidat der Allianz, Gerardo Morales, hat am Montag gegenüber der Presse versichert, dass bei den Gouverneurswahlen in mindestens 40 Wahllokalen zum Schaden der Allianz Wahlbetrug verübt worden sei. Unterdessen kündigte das Nationalkomitee der UCR an, beim Richter einen politischen Prozess gegen den Präsidenten der Wahljunta, Mariano Wenceslao Cardozo, beantragen zu wollen. Der Vizegouverneurskandidat des PJ hingegen warf der Allianz vor, „schikanös“ zu sein und das Wahlergebnis ins Gegenteil verwandeln zu wollen.

### Demokratie in Santa Fe

Auf das Wohnhaus des PJ-Senatsfraktionschefs Julio Gutiérrez

ist am Montag ein Brandanschlag verübt worden. Unbekannte schleuderten gegen 2.00 Uhr einen Molotow-Cocktail gegen das Haus, das kurzzeitig Flammen fing. Das ausgebrochene Feuer konnte jedoch schnell gelöscht werden. Verletzt wurde bei dem Anschlag niemand. Gutiérrez ist ein enger Mitarbeiter des gewählten Gouverneurs Carlos Reute-mann.

### Abgeordnetensitz

Neun Tage nach der Wahl ist der Streit um den vierten Nationalabgeordnetensitz für Santiago del Estero noch nicht entschieden. Anspruch erhebt sowohl Cristina Flores, Kandidatin des von Gouverneur Carlos Juárez geführten Frente Justicialista, als auch der Staatssekretär für Sozialentwicklung, José Figueroa. Während Figueroa von der Wahlbehörde eine Proklamierung zum Abgeordneten fordert, weil er 28 Stimmen mehr bekommen habe als Flores, plädiert Juárez für Neuwahlen in fünf Wahllokalen.

### Pierri kein Vize

Präsident Carlos Menem hat den Anspruch Alberto Pierris auf die Vizepräsidentschaft in der Abgeordnetenkammer abgelehnt. Wie aus der Regierung verlautet, soll das Amt Juan Carlos Camaño übernehmen. Humberto Rogero wird sein Amt als Frak-

tionschef behalten.

### Für Corach

„Die Legislative der Stadt Buenos Aires muss die Bestallung des Nationalsenators Carlos Corach behandeln.“ Mit diesen Worten gab der gewählte Präsident Fernando de la Rúa am Dienstag das von den Fraktionen des PJ und der Allianz erwartete Signal hinsichtlich des Senatsitzes des menemistischen Innenministers. Wie verlautet, bestehe die Möglichkeit, dass Corach noch vor dem 10. Dezember seinen Sitz im Senat einnimmt.

### Jahrestag in Río Tercero

Der vierte Jahrestag der Explosion in der Militärfabrik in Río Tercero ist am Mittwoch mit Schweigemärschen und einer Gedenkmesse für die Opfer begangen worden. Nach zwei großen Demonstrationen las der Bischof von Villa María, Roberto Rodríguez, auf der Plaza San Martín eine Messe unter freiem Himmel. Am 3. November 1995 erschütterten fünf Explosionen die Kleinstadt in der Provinz Córdoba. Dabei starben sieben Menschen, 300 wurden verletzt. Es entstand Sachschaden in Millionenhöhe. Die Ursachen der Explosion sind bis heute nicht geklärt.

# WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

## Auf der Suche nach zusätzlichen Steuereinnahmen

José Luis Machinea, der voraussichtlich ab 10.12.99 Wirtschaftsminister sein wird, und seine Mitarbeiter, sind sich im Klaren, dass sie zusätzliche Steuereinnahmen brauchen, um das Budget für das Jahr 2000 mit einem Defizit von \$ 4,5 Mrd. abschliessen zu können. Ausserdem müssen sie Ausgaben streichen, was jedoch alleine nicht genügt. Das von dieser Regierung im Kongress eingebrachte Budget ist punkto Einnahmen unrealistisch und punkto Ausgaben sehr konfliktiv, zumal schon Rückauf geäussert hat, dass er keine Verringerung des Fonds für die Gegend um Buenos Aires („fondo del conurbano bonaerense“) annehmen werde und die meisten Gouverneure sich mit Händen und Füssen gegen eine Verringerung der Beiträge zum Fonds für sozialen Wohnungsbau (Fonavi) stemmen. Was durchgesickert ist, ist folgendes:

\* Erhöhung der internen Steuern, die Cavallo seinerzeit abgeschafft bzw. verringert hat. Alkoholische Getränke, Zigaretten u.a. Produkte sollen mit einer Steuer

belastet werden, bzw. die schon bestehende Steuer soll erhöht werden. Das wirkt sich direkt auf die Preise aus, hemmt den Absatz und führt in einigen Fällen zu erhöhter Hinterziehung.

\* Verallgemeinerung der MwSt. Hier vergisst man offensichtlich, dass diese Steuer unlängst schon auf allerlei Waren und Dienstleistungen ausgedehnt worden ist, wobei die noch bestehenden Ausnahmefälle konfliktiv und meistens gut begründet sind. Bei Schulgeldern ist es so, dass die Eltern, die ihre Kinder in Privatschulen schicken, die Erziehung zwei Mal zahlen, nämlich einmal durch Schulgelder und dann durch ihren allgemeinen Steuerbeitrag zum Staat. Ausserdem würde eine Erhöhung der Quoten dazu führen, dass Kinder von Privatschulen abgemeldet und in staatliche Schulen übertragen werden, was eine Erhöhung der Staatsausgaben bedeutet. Die Besteuerung der Beiträge zu privaten Gesundheitsdiensten („prepagas“) wurde schon letztes Jahr beschlossen, wurde jedoch von Richtern ver-

hindert. Hier handelt es sich darum, dass die Sozialwerke ausgenommen sind, so dass unlauterer Wettbewerb besteht und ausserdem den Gewerkschaftern ein gutes Geschäft zugeschanzt wird, indem man einen privaten Dienst dann über ein Sozialwerk beziehen muss, womit er von der MwSt. ausgenommen ist. Die Besteuerung des Personentransports ist sehr kompliziert, weil es sich jeweils um geringe Beträge handelt, wobei die Transportunternehmen dabei die gezahlte MwSt. abziehen, die in diesem Fall sehr viel ausmacht, so dass die Nettoeinnahmen für das Steueramt gering sein würden. Die Besteuerung des Erlöses aus dem Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften (die Anzeigen sind schon letztes Mal in die MwSt. eingeschlossen worden), ist ebenfalls ein konfliktives Thema, bedenkt man, dass der Umsatz hier in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist und bei einer Verteuerung noch mehr sinken würde. Was dann noch verbleibt, ist die Erhöhung des Satzes für Kabelfernsehen von 10,5% auf 21%. Das macht jedoch den Kohl nicht fett.

\* Das steuerfreie Minimum der Einkommensteuer soll von jetzt durchschnittlich \$ 2.300 auf \$ 1.500 gesenkt werden, womit über eine halbe Million Arbeitnehmer und über eine Million Selbständige erfasst würden. Dies bringt bei angenommenen \$ 1.000 jährlich pro Person \$ 1.500 Mio. jährlich ein. Das steuerfreie Minimum ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Roque Fernández hat schon versucht, dieses Minimum zu senken, stiess jedoch im Kongress auf schroffe Ablehnung. De la Rúa hat sich schon beiläufig gegen diese Massnahme ausgesprochen. Erinnern wir daran, dass ursprünglich die Senkung der Grenze für die Einkommensteuer als Teilausgleich für die Abschaffung der Arbeitgeberbeiträge zum Rentensystem gedacht war, wobei dann gleichzeitig die Löhne und Gehälter im Ausmass dieser Senkung erhöht werden sollen. Per Saldo würden dann die niedrigen Arbeitseinkommen begünstigt und die mittleren und hohen stärker belastet. Die Frage ist, ob eine typische Mittelstandspartei, wie es der Radikalismus

ist, sich für diese Reform einsetzen wird und ob das Parlament dieses Mal zustimmt.

\* Die Steuer auf persönliche Güter, die seinerzeit auch auf den Besitz von Aktien, Beteiligungen an Unternehmen u.a. Objekte erweitert und gleichzeitig halbiert wurde, soll jetzt auf 1% erhöht werden. Das wäre ein sehr hoher Satz. Bei dieser Steuer besteht eine horrende Hinterziehung; man sollte sich eher um die Erfassung derjenigen bemühen, die sie nicht zahlen, was relativ einfach ist. Im Prinzip genügt es, wenn moderne Informatik bei den Immobilienregistern und auch bei anderen Registern eingeführt wird.

Ausserdem ist die Rede von prozessrechtlichen Reformen, um die Steuereintreibung zu erleichtern. Nun bemüht sich Silvani ohne den geringsten Erfolg seit geraumer Zeit darum. Wird der Kongress jetzt seine Haltung ändern? Eine zweite Frage: Silvani hat seinerzeit verfügt, dass Prozesse wegen Zahlung geschuldeter Steuern, bei Beträgen bis zu \$ 100.000, privaten Anwälten übergeben werden. Der Verband der Staatsanwälte hat Klage vor Gericht eingereicht, mit dem Argument, dass sie ein Anrecht auf diese Prozesse haben, was absurd ist. Der zuständige Richter hat zunächst dem Steueramt verboten, diese Initiative weiterzuführen, und dabei blieb es seit bald zwei Jahren. Wird die neue Regierung hier eingreifen und den Richter beim Rat der Magistratur verklagen oder sonst etwas tun, um dieser guten Initiative von Silvani zum Durchbruch zu verhelfen?

Es mutet sonderbar an, dass die Allianzwirtschaftler nicht schon seit langem ein Paket über Steuermassnahmen fix und fertig haben und in letzter Minute an dieser Problematik basteln. Das sieht nach übler Improvisation aus und ist ein schlechter Beginn. Aber ausserdem werden die Möglichkeiten, die Steuereinnahmen durch Erfassung von Hinterziehern zu erhöhen, bei Seite gelassen. Wir haben an dieser Stelle folgendes erwähnt:

\* Die Erhöhung der Steuer auf Dieseltreibstoff wurde erwogen, aber wieder fallen gelassen. Unser Vorschlag lautet dahingehend, dass die Steuer derjenigen des Benzins gleichgestellt wird, aber

## Randglossen

**Fernando de la Rúa beherzigt die strategische Bedeutung des Mercosur für Argentinien. Sein erster Auslandsbesuch als gewählter Präsident galt seinem gleichnamigen Kollegen Fernando Henrique Cardoso in Brasilia, mit dem er sich über seine Mercosur-Pläne unterhielt. Offenbar wurden die brenzligen Handelsfragen wie das Kraftwagensystem, die brasilianischen Zuckersubventionen, der Schuhkompromiss, der Textilhandelsdisput, die umstrittenen brasilianischen Stahllieferungen sowie die Auswirkungen der Real-Abwertung nicht behandelt, wogegen de la Rúa mit eigenartigen Vorschlägen für gemeinsame Militärmanöver und einer ebenfalls gemeinsamen Raumstation aufwartete. Eine Photographie mit beiden lächelnden Fernandos sollte die Öffentlichkeit bezirzen, ehe es gelegentlich hart auf hart geht, wenn echte Lösungen für strittige Fragen gefunden werden müssen.**

Kurz vor der Brasielvisite besuchte de la Rúa den Senat, wo er längere Zeit für die Bundeshauptstadt amtiert hatte. Bisher hatte noch nie ein gewählter Präsident dem Senat vor dem formellen Amtsantritt seine Aufwartung gemacht. Der besiegte PJ-Kandidat Gouverneur Eduardo Duhalde hatte seinen siegreichen Gegner auch besucht. Alle Politiker stellen gegenwärtig eine Freundlichkeit gegenüber ihren Gegnern zur Schau, die den herkömmlichen politischen Sitten Argentiniens widersprechen. Wie lange dieser Frühling freilich anhalten wird, muss abgewartet werden, zumal wenn es um Posten geht, die zu besetzen sind, und danach um das liebe Staatsgeld im Haushalt, das Politiker gerne verteilen und private Interessenten am liebsten in eigenen Taschen haben möchten. Da hört dann die Freundschaft auf.

Landwirten, Transportunternehmen und eventuell auch anderen Unternehmen, bei denen der Verbrauch von Dieseltreibstoff ins Gewicht fällt, erlaubt, die gezahlte Steuer auf alle Steuern anzurechnen, also nicht nur auf die Gewinnsteuer (und auch auf deren Anzahlungen), sondern auch auf die MwSt., die Steuer auf das persönliche Vermögen, die Abgaben für das Sozialsystem u.a. Auf diese Weise würden diejenigen, die diese Steuern korrekt zahlen, keine zusätzliche Belastung erleiden. Dies würde dem Fiskus gut \$ 2 Mrd. bringen.

\* Die direkte Kontrolle der Schlachthäuser durch ein Privatunternehmen, das automatische Waagen einrichtet, würde gut \$ 500 Mio ergeben. Wenn man die gleiche Kontrolle auf Weizenmühlen, Ölfabriken, Zuckerfabriken u.a. erweitert, steigt der Betrag auf gut \$ 1 Mrd. Auch hier würden die Hinterzieher die zusätzliche Steuerlast tragen.

\* Die Gewerkschaften haben schon private Unternehmen verpflichtet, um die Beiträge zu den Sozialwerken zu kontrollieren, die vom Steueramt eingenommen werden. In dem konkreten Fall einer Firma, die etwa 80.000 Unternehmen kontrolliert, besteht ein Betrag von über \$ 500 Mio., der kassiert werden muss, wobei zum Teil Verhandlungen geführt und zum Teil schon Prozesse eingeleitet wurden. Nachdem die Kontrolle sich vornehmlich auf die gezahlten Löhne und Gehälter bezieht, ist es einfach, die Hinterziehung bei den Sozialbeiträgen aufzudecken, die hier dann \$ 2 Mrd. ausmachen würde. Hinzu kommt noch, dass bei den Beiträgen zu den Sozialwerken schon ein sehr hoher Betrag gezahlt wurde, so dass die Unternehmen auch den entsprechenden Betrag für Sozialbeiträge schuldig sind. Aber ausserdem bestehen noch andere Firmen, die die gleiche Arbeit im Auftrag anderer Gewerkschaften verrichten. Man kann also auf alle Fälle damit rechnen, dass im Jahr 2000 gut \$ 2 Mrd. eingenommen würden.

\* Das System der privaten Importkontrolle („control de preembarque“) muss auf mehr Warenpositionen erweitert werden. Das ist jetzt nicht möglich, weil die Zahlung der Kontrollarbeit dem Budget zur Last fällt und keine Mittel vorhanden sind. Seinerzeit hatte Roque Fernández vorge-

schlagen, dass dies mit einer Gebühr auf die Importe finanziert werde. Das ging im Kongress jedoch nicht durch. Wenn die neue Regierung darauf besteht, dann könnte diese Gebühr schliesslich doch verfügt werden. Aber gleichzeitig muss das System vervollkommen werden, indem die Steuerkontrolle derjenigen, die angeblich unterfakturiert haben, privaten Unternehmen übertragen wird.

Denn wer zu einem fiktiv niedrigen Preis importiert, verkauft nachher schwarz. Sonst spart er 23% beim Zollsatz und zahlt dann 35% an Gewinnsteuer. Theoretisch kontrolliert das Steueramt diese Fälle. In der Praxis geschieht gar nichts, abgesehen davon, dass sich die Inspektoren bereichern. Diese Initiative würde wieder eine zusätzliche Milliarde ergeben.

Wenn wir alles addieren, so ergibt das \$ 6 Mrd. also gleich viel wie die Steuerreformen, die wir oben angegeben haben, angeblich einbringen sollen. Der

## Weiter niedrige Fiskaleinnahmen

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im Oktober mit \$ 3,79 Mrd. um 4,5% unter Oktober 1998 und um 3,2% unter September 1999. Die Abnahme ist im Wesentlichen auf die erneute Verringerung des Unternehmerbeitrages zu den Pensionskassen zurückzuführen, die ab April alle drei Monate stufenweise erfolgt. Mit \$ 443,8 Mio. lagen die Einnahmen aus Unternehmensbeiträgen um 30,8% (\$ 197,8 Mio.) unter dem Vorjahr und um 15,2% unter dem Vormonat. Theoretisch sollte dies durch die Einnahmen aus den neuen Steuern (Mindestgewinn und auf bezahlte Zinsen) ausgeglichen werden. Aber diese Steuern ergaben im Oktober \$ 112,8 Mio., womit die Rechnung nicht aufgeht. Es ist begreiflich, wenn der vermutliche zukünftige Wirtschaftsminister José Luis Machinea sich gegen die Abschaffung des Restbetrages der Beiträge an die Pensionskassen sträubt, die plangemäss im Dezember erfolgen sollte.

Die Nettoeinnahmen aus der MwSt. lagen mit \$ 1,58 Mrd. um 3,4% unter dem Vorjahr und um 4,5% unter dem Vormonat. Dabei lag der Betrag der Rückerstattung der MwSt. an Exporteure im Oktober mit \$ 162,3 Mio. um

Unterschied ist der, dass der korrekt zahlende Steuerzahler bei unseren Vorschlägen nicht zur Kasse gebeten würde. Es gibt noch mehr Initiativen zur Erfassung der Hinterziehung, wie die schon erwähnte Einführung moderner Informatik bei den Registern, mit direktem Zugang des Steueramtes zur Datenbank. Man muss eben kreativ denken. Und das fällt den meisten Wirtschaftlern und Steuerexperten offensichtlich sehr schwer. Aber ausserdem muss man davon ausgehen, dass der Staat bei Kontrolltätigkeiten auf der ganzen Linie versagt, einmal weil staatliche Inspektoren in der Praxis nur in Extremfällen entlassen werden können und dann, weil der Staat keine effektive Kontrolltechnik anwendet, was auch die Kontrolle der Inspektoren einschliesst. Wenn man dies nicht begreift und nicht systematisch zur Beauftragung privater Unternehmen mit Kontrolltätigkeiten („outsourcing“) übergeht, ist Hopfen und Malz verloren.

23,9% unter dem Vorjahr, jedoch um 76,1% über dem Vormonat. Somit liegen die Bruttoeinnahmen der MwSt., die die Konjunktur widerspiegeln, im September um 5,8% unter dem Vorjahr, aber nur ganz knapp unter dem Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr war der Rückgang beim Steueramt mit 1,9% relativ gering, während er beim Zollamt mit 13,1% sehr hoch war. Gegenüber dem Vormonat lagen die Einnahmen beim Steueramt mit 0,2% etwas höher, beim Zollamt hingegen um 1,1% niedriger. Der Rückgang der Importe wirkt sich somit stark aus, während bei den Umsätzen auf dem Binnenmarkt eine Stabilisierung eingetreten ist. Die Verringerung des Aussenhandelsvolumens kommt auch in der Abnahme der Steuern auf Importe und Exporte um 18% gegenüber dem Vorjahr und 0,5% gegenüber dem Vormonat zum Ausdruck.

Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer lagen im Oktober mit \$ 764,8 Mio. um 13,2% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 9,1% über September. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahlungen auf die Steuer dieses Jahres alle zwei Monate gezahlt werden, also im Oktober und nicht im September. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist

vornehmlich auf die Erhöhung der Steuersätze zurückzuführen, vornehmlich des Maximalsatzes, der von 33% auf 35% erhöht wurde und für AGs und G.m.b.Hs. gilt. Die Anzahlungen erfolgen auf der Grundlage der für 1998 gezahlten Gewinnsteuer, so dass die Rezession nicht zum Ausdruck kommt, die dieses Jahr sehr ausgeprägt war. Für das Jahr 2000 kann man indessen mit geringeren Einnahmen aus der Gewinnsteuer rechnen.

Die persönlichen Beiträge zum staatlichen Pensionierungssystem lagen mit \$ 466,1 Mio. um 4,5% unter dem Vorjahr und um 1,5% unter dem Vormonat. Das ist logisch, da der sanfte Übergang auf das private System weitergeht, indem diejenigen, die in Pension gehen und nicht mehr zahlen, fast gesamthaft aus dem staatlichen System stammen, während diejenigen, die zu arbeiten beginnen, sich dem privaten System anschliessen. Indessen lagen die Einnahmen des privaten Systems mit \$ 333,1 Mio. um 0,8% unter dem Vorjahr und um 5,4% unter dem Vormonat, was auf erhöhte Säumigkeit und Hinterziehung hinweist.

Die Einnahmen aus der Benzinsteuer lagen mit \$ 175,7 Mio. um 8,7% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 2,1% unter dem Vormonat. Aber auch die Einnahmen aus anderen Brennstoffsteuern (besonders auf Dieselöl) lagen mit \$ 115,7 Mio. um 3,8% unter dem Vorjahr und um 1,2% unter dem Vormonat. Allgemein wurden somit weniger Erdölprodukte verbraucht, was verschiedene Ursachen hat, abgesehen von der gedrückten Konjunktur: Verlagerung von Passagieren vom städtischen Omnibus auf die Untergrund- und Eisenbahnen und vom Lastwagen auf die Eisenbahn und die Flussschifffahrt, sowie Einsatz sparsamerer Lastwagen.

Die gesamten Fiskaleinnahmen vom Oktober waren mit Ausnahme vom Februar (bei dem sich die Januarferien negativ auswirken) die niedrigsten des ganzen Jahres. Die ersten 10 Monate 1999 liegen um 4,7% unter dem Vorjahr, wobei im Budget eine Zunahme vorgesehen war. Das Plansoll liegt für November bei \$ 4,03 Mrd. und für Dezember bei \$ 4,28 Mrd. Es besteht kein Zweifel darüber, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Und wenn bis Jahresende noch

ein zusätzlicher Fehlbetrag von etwa \$ 500 Mio. entsteht, dann wird es auch schwierig sein, das Defizitziel von \$ 5,1 Mrd. einzuhalten.

Es ist begreiflich, wenn in der letzten Periode dieser Regierung die Hinterziehung oder einfach Nichtzahlung von Steuern zunimmt, weil eben viele mit einer Bereinigung beim Beginn der neuen Regierung rechnen, also einer Art Moratorium.

## Fragwürdige Provinzumschuldung

Dass die öffentlichen Schulden der argentinischen Gliedstaaten (23 Provinzen und die autonome Stadt Buenos Aires) uferlos zunehmen, ist längst bekannt. Gegenwärtig werden die gesamten Provinzschulden auf rund \$ 17 Mrd. geschätzt. Sie dürften demnächst nahe bei \$ 20 Mrd. liegen, wenn es zutrifft, dass der Fehlbetrag der defizitären Provinzen dieses Jahr etwa \$ 3,0 Mrd. ausmachen wird. Mit nationalstaatlichen Schulden von etwa \$ 120 Mrd. und allerlei Forderungen gegen Staatsstellen (Verwandte von Verschwundenen für \$ 3,0 Mrd., Ruhegehälter des Militärpersonals für \$ 4,0 Mrd., Yacyretá-Baufirmen für \$ 1,5 Mrd., PAMI-Schuldenkonsolidierung für \$ 600 Mio., INDer-Schuldenkonsolidierung für \$ 700 Mio. und zahllose andere für jeweils geringere Beträge), die gelegentlich mit Bocon verbrieft werden, gelangt man mühelos auch bei gewaltigen Abstrichen auf \$ 145 Mrd. argentinische Staatsschulden, allenfalls sogar mehr. Das entspricht mehr als der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von angenommenen \$ 280 Mrd. und ist entschieden zu viel für ein Land wie Argentinien mit maroden Staatsfinanzen und der immer noch wachen Erinnerung an die Hyperinflation vor zehn Jahren, die durch die Geldschöpfung defizitärer Staatsfinanzen verursacht worden war.

Kraft Konvertibilitätsgesetz ist eine solche Geldschöpfung vom Tisch. Verschuldete Provinzregierungen müssen jetzt selber sehen, wie sie über die Runden kommen. Es geht dabei um rund ein halbes Dutzend Provinzen, die hoch verschuldet sind, weil sie dauernd Fehlbeträge in ihren Haushalten ausweisen.

In den letzten Jahren haben diese Provinzregierungen Zuflucht zur Verschuldung mit argentinischen und ausländischen

Ob dies effektiv eintritt, sei dahingestellt. Vorläufig machen sich die Wirtschaftler der Allianz Sorgen über das Jahr 2000, bei dem die Haushaltsrechnung eben nicht aufgeht, wenn man die Fiskaleinnahmen auf der Grundlage der Projektion der Entwicklung von 1999 berechnet. Es ist jedoch nicht einfach, neue Einnahmequellen zu finden, die bedeutend und gleichzeitig nicht konfliktiv sind.

Geschäftsbanken genommen. Hierfür verpfänden sie unverantwortlicherweise ihre Einnahmen aus den Beteiligungssteuern, die ihnen das nationale Steueramt AFIP täglich auf ihr Konto bei der Banco de la Nación gutschreibt.

Mit einem unwiderruflichen Zahlungsauftrag an diese Bank, zu vorgegebenen Tagen bestimmte Schulden (Kapital und Zinsen) den Gläubigern unter Belastung ihrer Beteiligungskonten gutzuschreiben, leihen die Banken den Provinzen zu horrend hohen Zinssätzen Geld. Die Verpfändung der Beteiligungssteuern ist sicherlich mithin die beste Garantie, die einem argentinischen Schuldner zur Verfügung steht. Deshalb sind die Banken auf solche Geschäfte erpicht. Sie sind kaum mit Kosten verbunden wie Darlehen an private Unternehmen oder Personen und gelten als mündelsicher, weil die Banco de la Nación die unwiderruflichen Zahlungsaufträge mit Belastungen und Gutschriften anstandslos durchführt.

Inzwischen ist der Schuldenberg auf gesamthaft rund \$ 8,0 Mrd. dermassen angestiegen, dass mehrere Provinzen kaum noch Nettobeträge aus den Beteiligungssteuern einheimen, die für die Abgeltungen und den Zinsendienst der Bankschulden verpfändet sind. Die Nationalregierung hat diese übermässige und leichtfertige Provinzverschuldung stets moniert und die Provinzregierungen aufgefordert, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen, keine Defizite einzugehen und die wirtschaftsverzerrenden eigenen Steuern auf stempelspflichtige Vertragsabschlüsse und Bruttoeinnahmen zugunsten einer Konsumsteuer oder neuerdings einer Zusatz-Mehrwertsteuer zu ersetzen. Nichts dergleichen ist geschehen. Verschuldete Provinzregierungen waren längst Opfer ihrer eigenen Fi-

nanzpolitik und konnten vielfach nicht einmal die Gehälter ihrer Beamten, allen voran der Lehrkräfte, bezahlen. Der verfassungsmässig verankerte Bundesstaat verhindert, dass die Nationalregierung den Gliedstaaten vorschreiben darf, wie sie ihre Finanzen handhaben. Sie muss sich damit begnügen, die Zahlen über die Ausgaben, Einnahmen, Defizite und Schulden zu ermitteln und gelegentlich zu veröffentlichen.

Mit dem Regierungswechsel wurde von verschiedenen Stellen angeregt, den verschuldeten Provinzen finanziell unter die Arme zu greifen. Hierfür soll eine Umschuldung wie weiland 1992 mit dem Brady-Plan für die Nationalregierung eingesetzt werden. Das hiesse im Klartext, dass verschuldete Provinzregierungen Staatstitel der Nationalregierung mit gewaltigem Diskont zu etwa 12% oder mehr, je nach den Zinssätzen und der Umschuldungsdauer, erwerben. Diese Bonds werden gesamthaft am Ende der Laufzeit, angenommenerweise 20 Jahre, mitsamt den angelaufenen Zinsen getilgt. Die Provinzregierungen würden die Bonds als Garantie für ihre Schulden stellen, die dadurch als abgegolten gelten, so dass sie nur die laufenden Zinsen an die Gläubiger bezahlen müssten.

Diese Finanzkonstruktion hat freilich den Haken, dass die Gläubiger Geschäftsbanken sind, die kaum bereit sein werden, ihr sicheres Inkasso kraft Pfändung der Beteiligungskonten bei der Banco de la Nación durch einen langfristigen Staatstitel auszutauschen. Die Banken würden dadurch Liquidität einbüßen und gegebenenfalls Kursverluste hinnehmen, sollten sie finanziell bedrängt werden und die Titel am Markt mit Diskont verkaufen. Bisher haben sich die Gläubigerbanken öffentlich nicht zu Wort zu dieser Brady-Umschuldung gemeldet, die auch in Kreisen der Mitarbeiter des wirtschaftspolitischen Koordinators der Allianz, José Luis Machinea, gehandelt wird, als ob sie machbar wäre. Dass das nationale Schatzamt als letzter Garant einspringt, erscheint kaum möglich, da die jetzige wirtschaftspolitische Diskussion sich darum dreht, wie das Defizit mit geringeren Ausgaben und höheren Einnahmen abzubauen ist. Kassenüberschüsse zwecks Finanzhilfe für marode

Provinzhaushalte sind nicht verfügbar.

Im Übrigen bedeuten diese Finanzübungen nur einen Ausweg für bedrängte Provinzregierungen, damit sie den sonst unausweichlichen Sanierungen entgegen können. Vielmehr sollte man auf Umschuldungen dieser Art verzichten und die Provinzregierungen nötigen, selber ihre Haushalte zu sanieren. Hierfür muss der Beamtenstab abgebaut, müssen hohe Gehälter sowie gegebenenfalls hohe Renten bei den Provinzen, die ihre Rentenkassen nicht an die Nation abgegeben haben, verringert, allerlei andere überflüssige Ausgaben sistiert und die Steuern auf Immobilien und Bruttoeinkommen besser eingetrieben werden, wofür private Sachverständige eingesetzt werden können, die das besser verrichten als provinzstaatliche Beamten.

Für die Provinzen mit maroden Finanzen gilt das gleiche Erfahrungsprinzip wie für die Nation. Wenn das Defizit verschwindet und in der Folge die Staatsschulden nicht mehr zunehmen, lässt sich die Fälligkeit zu sinkenden Zinssätzen mühelos umschulden, wogegen die Zinssätze steigen, wenn das Defizit die Schulden uferlos vermehrt. Dafür braucht man keine Brady-Umschuldung, für die verschuldete Provinzen das Kleingeld zwecks Kauf der Brady-Titel kaum aufzubringen in der Lage sein werden.

Dass in der Öffentlichkeit über eine mögliche Umschuldung einiger Provinzschulden diskutiert wird, stellt diese Provinzen als möglicherweise zahlungsunfähig in ein denkbar schlechtes Licht. Wenn die Einnahmen aus den Beteiligungssteuern alle gepfändeten Schulden bezahlen, bleibt nichts für nachfolgende Schuldforderungen übrig, geschweige denn für die laufenden Zahlungen der Gehälter, Renten und Beschaffungen. Dann kann die Banco de la Nación die Zahlungsaufträge der Provinzregierungen mangels Geld auf den Konten nicht ausführen, so dass die als mündelsichere Pfandgarantien betrachteten unwiderruflichen Zahlungsaufträge der Provinzregierungen an die Banco de la Nación nichts mehr wert sind und die Zahlungsunfähigkeit blüht.

Deshalb muss vorgesorgt werden, indem die unerlässlichen Haushaltssanierungen möglichst

umgehend in Angriff genommen werden. Diese Finanzübung wird gegenwärtig für die Nationalre-

## Konvertibilität in Brasilien?

Der brasilianische Real stand abermals unter Abwertungsdruck, als Präsident Fernando Henrique Cardoso am vergangenen Wochenende überraschend erklärte, dass die Konvertibilität eine Alternative sei, die berücksichtigt werden könne. Bisher hatten sowohl der Präsident als auch sein Finanzminister Malan und andere Sprecher der brasilianischen Regierung stets die These vertreten, dass die Konvertibilität, wie sie Argentinien seit 1991 praktiziert, für Brasilien nicht in Frage komme. Die Dollarisierung, lies Abschaffung der einheimischen Währung, wurde freilich von Cardoso im gleichen Atemzug mit der Öffnung zur Konvertibilität rundweg abgelehnt, wogegen er eine gemeinsame Währung im Raum Mercosur für später als möglich betrachtete. Letztere Variante gehört freilich in die Rumpelkammer monetärer Utopien.

Die brasilianische Regierung hatte mit der brutalen Abwertung im Januar 1999 ihr vorheriges Kurssystem geändert. Der Dollarkurs hatte vorher innerhalb gegebener Bandbreiten geschwankt, die gelegentlich geändert wurden, wenn sich eine Abwertung aufdrängte. Seit Januar 1991 gibt es keine öffentlich angekündigten Bandbreiten. Der Kurs schwankt frei am Devisenmarkt und die Zentralbank greift ein, wenn sie es als notwendig betrachtet, sei es weil eine Abwertung oder eine Aufwertung ausufert, ohne dass vorgegebene Bandbreiten angekündigt worden wären.

Nach Mitte Januar, als der Real zu 1,20 je Dollar gehandelt wurde, erreichte der Kurs des Real im Februar vorübergehend 2,20 pro Dollar und wertete sich später bis auf etwa 1,70 pro Dollar auf, wo er offenbar in der Sicht der Regierung bleiben sollte, um inflationäre Nachwirkungen zu verhüten. Das gelang aber nicht. In kleinen Abwertungsschüben stieg der Realkurs bis auf nahezu 2,00 je Dollar, als Präsident Cardosos seine überraschende Bemerkung zum Besten gab, dass die Konvertibilität jetzt als eine mögliche Alternative ins Auge genommen wird.

Konvertibilität heisst im Klartext, dass die Regierung eine Parität vorschreibt, zu der sie ihre

gierung in der Budgetdiskussion vorbereitet. Sie lautet gleich für verschuldete Provinzregierungen.

Inlandspassiven in Real mit ihren Auslandsaktiven in Dollar etwa ausgleicht, so dass sie auf Geldschöpfungen ausser für Dollar-käufe verzichten muss. Zu welchem Kurs der Real stabilisiert werden kann, muss sich freilich noch zeigen, weil damit zahllose Inlandspreise verbunden sind.

Trotzdem ist es durchaus möglich, eine Konvertibilität in Brasilien einzuführen und erfolgreich zu verwalten, wie es Argentinien acht Jahre lang vorexerziert hat. Eine vollumfängliche Dollarisierung drängt sich freilich keinesfalls auf und ist überhaupt nicht nötig.

Brasilien schiebt ein ungelöstes Finanzproblem vor sich her. Das sind die gewaltigen inländischen Staatsschulden von jetzt über 400 Mrd. Real, 80 Mrd. Real mehr als Ende 1998. In Dollar zu den damaligen und jetzigen Kursen konnte diese Staatsschuld von 270 Mrd. auf 200 Mrd. um etwa 70 Mrd. Dollar verwässert werden, ohne dass die geringste Garantie besteht, dass die Gläubiger sich weitere Wertverminderungen bieten lassen werden.

Gerade deshalb kann sich Brasilien der Falle nicht entziehen, die durch das Verhältnis der Inlandszinsen mit der Abwertung gegeben ist. Die Notenbank setzt periodisch den Leitzins genannt Selic fest, der Anfang dieses Jahres auf horrende 44% per annum bestimmt wurde, womit wiederum der Realkurs nachfolgend aufgewertet wurde. Dieser Leitzinssatz bestimmt die Umschuldungen in Real. Danach verringerte die Notenbank ihren Leitzins stufenweise bis auf 19% per annum. Gleichzeitig nahm jedoch die Abwertung von besagten 1,70 Real auf nahezu 2,00 Real pro Dollar wieder zu, während die Regierung die täglichen Fälligkeiten weitgehend in neuen Staatstiteln umschuldete, die an den Dollarkurs gebunden oder in Auslandswährungen ausgegeben wurden, deutliche Zeichen dafür, dass die Gläubiger immer weniger bereit sind, Umschuldungen in Real einzugehen. Die Verwässerung ihrer Forderungen in der Landswährung wirken sich aus. Insofern kann sich Brasilien nicht der Falle entziehen, entweder abzuwerten und die Zinsen zu sen-

ken oder die Zinsen anzuheben und nicht abzuwerten. Beide Varianten wirken sich denkbar rezessiv auf die Wirtschaft aus. Die Einführung der Konvertibilität müsste dieses Problem der kurzfristigen Staatsschulden auch anpacken, damit sie gestreckt, auf Dollar umgenannt und zu internationalen Sätzen verzinst werden. Argentinien hatte das über ein Jahr vor der Einführung der Konvertibilität mit der leidigen Bonex-Zwangsumschuldung der siebentägigen Festgelder in Austral zu 27% Monatszinsen auf zehnjährige Dollartitel zu Liborsätzen vollzogen, womit die schlimmste Quelle der Hyperin-

flation abgewürgt werden konnte. Solange Brasilien seine gewaltige staatliche Inlandsschuld nicht streckt, niedrig verzinst und in Dollar nominiert, wie es die Gläubiger zwecks Verhinderung einer sicheren Verwässerung ihrer Forderungen unerschwerlich verlangen, kann eine Konvertibilität in Brasilien keinen Erfolg verbuchen.

Mit einer solchen Umschuldung ist sie durchaus machbar und verheisst anschliessend Stabilität und Wachstum, ohne wie bisher breite Bevölkerungsschichten zu verarmen und wenige Finanzgläubiger masslos zu bereichern.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinsen für Fristdepósitos auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche bei den wichtigsten Banken für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%**

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 4,6% auf 561,26, der Burcapindex um 3,3% auf 975,19 und der Börsenindex um 3,1% auf 20.609,56.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 0,1% auf \$ 0,7065.**

\*\*\*

**Der Verbrauch von elektrischem Strom lag im September um 6,5% über dem gleichen Vorjahresmonat, von Gas um 15% und von Trinkwasser um 3,2%. Die Zahl der Fahrgäste der Vorstadteisenbahnen lag um 2,3% über dem Vorjahr, wobei jedoch der Tren de la Costa 32,5% und die Belgrano Sur Strecke 3,2% Rückgang verzeichneten. Die Fahrgäste der U-Bahnen nahmen um 1,8% zu, jene der Stadtbusse (Colectivos) um 4,1% ab.**

\*\*\*

**Die von der ZB angeordneten Kontokorrentsperrungen lagen im Oktober um 16% unter jenen des Vormonates und auf dem niedrigsten Stand seit Oktober '98, wie Fidelitas mitgeteilt hat.**

\*\*\*

**Die staatliche uruguayische Ancap (Erdöl, Alkohol und Zement) hat das Netz aus 247 Tankstellen und die damit verbundenen Aktiven für US\$ 81,5 Mio. und der Übernahme von Schulden von US\$ 48 Mio. von Sol Petróleo übernommen. Bereits im Vorjahr hatte Ancap 33% von Ancsol, die zusammen mit Phoebus Energy, Bermudas, Sol Petróleo kontrolliert, für US\$ 25 Mio. erworben. Sol Petróleo wird sich in ihrem Werk in Campana auf die Herstellung von Sonderlösungsmitteln und Oktanwertverbesserern konzentrieren. Sol Petróleo betrieb bisher in eigener Regie**

und über Franchisingabkommen Tankstellen im Raum Gross Buenos Aires, Córdoba, Santa Fe und Entre Rios. Der letzte Umsatz betrug US\$ 107,1 Mio., die Aktiven US\$ 230,4 Mio. und die Passiven US\$ 85,4 Mio.

\*\*\*

**Seit dem 16. Juni ist Dieselöl im Durchschnitt um 6,8% und Superbenzin um 6,5% gestiegen, wie das Industrie- und Handelssekretariat ermittelt hat. Die Erdölunternehmen rechtfertigen die Preiserhöhungen mit der 28%igen Teuerung des Rohöls in diesem Zeitraum. Während des Rohöl-Preisverfalls 1998 haben sie die Preise allerdings nicht gesenkt.**

\*\*\*

**Die Regierung von Buenos Aires Stadt hat von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) ein Darlehen von US\$ 200 Mio. erhalten. Mit einem gleichen Beitrag der Stadtregierung sollen damit das Institutionelle Unterstützungsprogramm, die Steuerreform und der Investitionsplan der Stadt finanziert werden.**

\*\*\*

**Wendy's, die u.a. die viereckigen Hamburger auf den Markt gebracht hat, will in den nächsten 5 Jahren US\$ 40 Mio. investieren und landesweit jährlich 8 neue Lokale eröffnen. In den ersten 2 Jahren im Raum Gross Buenos Aires, wo bereits 23 in Betrieb sind. Ausserdem werden Standorte in Chile, Brasilien und Panama angepeilt.**

\*\*\*

**Im 3. Quartal '99 ist der Beschäftigtenstand im Raum Gross Buenos Aires im Vorjahresvergleich um 6,7%, das sind 111.000 Menschen, zurückgegangen, wie die von E. Kriz geleitete SEL (Sociedad de Estudios Laborales) bekanntgab. Weitere 5% der Arbeitnehmer, rd. 85.000, wurden durch Kurzarbeit oder Suspendierungen betroffen, schwerpunktmässig im verarbeitenden Gewerbe.**

\*\*\*

**Die CII (Corporación Interamericana de Inversiones), Tochter der**

**Interamerikanischen Entwicklungsbank, hat der Banco Rio ein mittelfristiges Darlehen von US\$ 30 Mio. gewährt.** Damit soll die Bank über ihr Filialennetz Kredite für kleine und mittelständische Betriebe der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Industrie zur Verfügung stellen. Das Abkommen sieht eine Tranche von US\$ 10 Mio. auf 8 Jahre aus Mitteln der CII und eine weitere von US\$ 20 Mio. vor, die eine Gruppe von Privatbanken gewährt.

\*\*\*

**Der Kfz-Eintauschplan mit Verschrottung der Altwagen wurde mittels Dekret 1222/99 auf Landwirtschafts- und Strassenbaumaschinen ausgedehnt.** Erneuerer dieser Maschinen erhalten eine staatliche Gutschrift von 10%, womit der Verkauf zwischen dem 1.1. und dem 31.12.2000 angespart werden soll. Die vom Industrie- und Handelssekretariat erteilte Gutschrift kann von den Herstellern oder ihren Konzessionären zur Zahlung von Bundessteuern verwendet werden.

\*\*\*

**Mit Dekret 1220/99 wurden die Rahmenbedingungen für den von der Regierung mit \$ 2.500 pro Pkw aus Steuergeldern zu fördernden Billigwagen ABC (Automóvil de Baja Contaminación) festgelegt.** Er muss zu 60% aus heimischen Zulieferteilen gefertigt sein, Karosserie und/oder Getriebe zu 80%. Dieselantriebe wurden ausgenommen.

\*\*\*

**Citicorp Capital Market hat für die Citibank Buenos Aires Eurobonds für US\$ 120 Mio. aufgelegt.** Die Auflage erfolgte im Rahmen des von der Staatlichen Wertschriftenkommission gebilligten mittelfristigen Globalprogramms für US\$ 1,5 Mrd. Die Bonds haben einen Nullkupon auf 120 Tage, die Rückzahlung erfolgt zur Fälligkeit am 8.3.2000 und der Ausgabewert betrug 97,36%.

\*\*\*

**20 Tage vor Ablauf seiner Amtsperiode hat der Provinzgouverneur von Neuquén den Verkauf des 29,9%igen Aktienpaketes angeordnet, das die Provinz vom Wasserkraftwerk El Chocón besitzt.** Am 25.11. soll die Ausschreibung erfolgen, aus der \$ 65 Mio. erwartet werden. Die Beteiligung, die der Provinz bisher rd. \$ 17 Mio. eingebracht hat, soll wegen eines Kassenproblems veräußert werden, wie J. Sabio, Schatzsekretär der Provinz, bekanntgab.

\*\*\*

**Die Stromlieferungen von Edesur nahmen im Oktober im Vorjahresvergleich um 5,3% zu, die von Edenor um 4%.** Im Vergleich der ersten 10 Monate lieferte Edesur 11.076 GWh (10.544 GWh), um 5% und Edenor 11.982,6 GWh (11.464,5 GWh), um 4,5% mehr als 1998.

\*\*\*

**AFIP-Vorstand Carlos Silvani gab in einer Unterredung mit einem Journalisten der Zeitung La Nación bekannt, dass beim Handel mit Ben-**

**zin u.a. Treibstoffen eine Steuerhinterziehung von \$ 600 Mio. im Jahr bestehe.** Das Amt kontrollierte die Firmen RHASA, De Vaas Trading, Merco-Trans, Destil-Oil, Petrodrom, Aceites y Combustibles, Waicom und Destiny, sowie andere von geringerer Bedeutung. Das Steuerdelikt weise folgende 4 Modalitäten auf: a) Einfuhr von Lösungsmitteln (Solvente), die keine Brennstoffsteuern zahlen, angeblich für die chemische und petrochemische Industrie, die unverarbeitet weiterverkauft werden. b) Das Lösungsmittel wird dem Benzin beigegeben, wodurch Benzinsteuer gespart wird. c) Benzin oder andere Treibstoffe werden unter dem System der temporären Einfuhr ins Land gebracht und anschliessend nationalisiert oder einfach nicht wieder ausgeführt. d) Treibstoffe die billiger sind, weil sie für Misiones oder Patagonien bestimmt sind, werden woanders verkauft. Diese Fälle werden seit 8 Monaten untersucht. Ein Kernpunkt sei dabei die Kammer der sogenannten weissen Tankstellen, die von Santiago Cúneo geleitet wird, der seinerzeit Partner von Aldo Rico in der Firma Copetrol war.

\*\*\*

**Zum 1. Mal seit Einführung des Kfz-Austauschplans ist die Zahl der verkauften Kfz gegenüber dem Vormonat, im Oktober mit 36.491 Einheiten um 1%, zurückgegangen.** Gegenüber dem Vorjahresoktober beträgt die Zunahme 14,3%, wie Adefa, der Verband der Kfz-Hersteller, bekanntgab. In den ersten 10 Monaten gingen die Lieferungen an ihre Konzessionäre im Vorjahresvergleich um 20% zurück. Hauptursachen seien die Lieferungsverzögerungen der Fabriken und eine Scheu der Kunden, Ratenerpflichtungen vor dem Regierungswechsel einzugehen. Die Fertigung, 32.103 Kfz, lag um 3,6% über September und um 19,7% unter jener des Vorjahresoktober und in 10 Monaten um 41,9% unter dem Vorjahresvergleich. Die Oktoberausfuhren, 8.875 Kfz, betragen um 18,9% mehr als im Vormonat und um 62,7% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Im 10monatsvergleich gingen die Ausfuhren um 61,8% zurück.

## Eine Freihandelszone ohne Subventionen

Die in Toronto, Kanada, versammelten Unternehmer der amerikanischen Kontinente haben die Schaffung einer Freihandelszone in ganz Amerika (Alca) gefordert, in der jede Art von Subventionen für alle Wirtschaftszweige abgeschafft sind.

Zum Abschluss des Treffens privater Unternehmer wurde den Wirtschaftsministern in einer Erklärung, eine halbe Erdkugel frei von jeder Subventionsart als vorrangiges Ziel der Freihandelszone Alca unterbreitet.

Die Aussenminister der amerikanischen Staaten sind inzwischen zusammengekommen, um die künftigen Schritte zur Schaf-

fung dieser Freihandelszone zu erwägen, die 2005 aus der Taufe gehoben werden soll. Das Treffen der Privatunternehmer hat von den Ministern verlangt, dass die Alca-Regierungen bei der nahen Jahrtausendrunde in Seattle eine gemeinsame Stellung einnehmen.

Der Unternehmer, der den Landwirtschaftsbereich vertritt, der Argentinier Jorge Zorreaugueta, erklärte, es sei unerlässlich die Verhandlungen über die Abschaffung der nicht Zolltarifmässigen Handelsschranken sofort einzuleiten. Die Verringerung der nicht Tarifmässigen Schranken müsse weit mehr beschleunigt werden als jene über den Zollabbau.

\*\*\*

**Die kürzlich von Chevron erworbene Petrolera San Jorge gab einen weiteren Erdölfund im Moy Aike Gebiet, 19 km nordöstlich von Rio Gallegos, Provinz Santa Cruz, bekannt.** Die zwischen 1.478 und 1.489 m tiefe Bohrung ergibt 111 cbm Rohöl pro Tag. Mor Aike ergab bisher nur 8 bis 12 cbm/Tag. San Jorge ist kürzlich in Huantraico und Rio Negro Norte fündig geworden, die zu den bedeutendsten Erschliessungen der letzten Jahre gehören. Ohne den neuen Fund fördert San Jorge in dem Gebiet derzeit 225 cbm/Tag Erdöl und 1,2 Mio. cbm Erdgas pro Tag.

\*\*\*

**Das Transportsekretariat wurde durch das Gutachten der PJ-Mehrheit und einer Provinzpartei in der Parlamentskommission zur Überwachung der Privatisierungen ermächtigt, mit der Firma Metropolitana die Verhandlungen über die Änderung der Konzessionsverträge abzuschliessen.** Damit können die Verlängerung der Verträge über die Roca, San Martin und Belgrano Sur Eisenbahnstrecken um 20 Jahre, Investitionen von US\$ 1,5 Mrd. und Fahrpreiserhöhungen ausgehandelt werden. Der Bauminister der Provinz

Buenos Aires und Vertreter der Allianz, die die Regierung am 10.12 übernimmt, hatten sich gegen die Vertragsänderungen ausgesprochen.

\*\*\*

**In den ersten 10 Monaten 1999 haben die Provinzen Beteiligungen an Bundessteuern für \$ 8,47 Mrd. erhalten, um \$ 262,3 Mio. weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie das Unterstaatssekretariat für Regionalplanung bekanntgab.** Die den Provinzen zustehenden Steuerbeteiligungen erreichten im Vorjahr bis zu \$ 1 Mrd. im Monat, während sie in diesem Jahr meist um \$ 800 Mio. lagen, was in verschiedenen Provinzen zu Zahlungsschwierigkeiten geführt hat.

\*\*\*

**Das Wärmekraftwerk Güemes, in Salta, hat bei Gericht ein Vergleichsverfahren beantragt.** Das Unternehmen konnte im Mai die Zinsen seiner Obligationen für US\$ 60 Mio. mit Fälligkeit 2001 nicht bezahlen und versuchte erfolglos eine Umschuldung durch BT Alex Brown.

\*\*\*

**Telefónica de España und CEI Citicorp Holding haben die Aufteilung der Aktiven von AtCo vereinbart, an der jede mit 26,8% betei-**

## Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	13.9.99	20.9.99	27.9.99	4.10.99	8.10.99	18.10.99	25.10.99	4.11.99
Gold, Devisen u. Anlagen	22,98	23,53	23,66	22,53	23,38	23,41	23,25	22,79
Staatspapiere	1,63	1,56	1,52	1,51	1,50	1,47	1,55	1,56
Internat. Reserven ZB	24,61	25,09	25,18	24,04	24,88	24,88	24,80	24,35
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,80	7,55	8,03	9,20	8,08	8,15	7,52	8,38
Währungsreserven des Finanzsystems	32,41	32,64	33,21	33,23	32,96	33,04	32,33	32,73
Notenumlauf	14,64	14,20	13,83	14,28	14,78	14,23	13,85	14,07
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,11	0,12	0,01	0,05	0,10	0,13	0,01	0,05
Monetäre Passiven	14,76	14,32	13,83	14,33	14,89	14,35	13,86	14,12
Nettosaldo Swaps	8,17	9,12	9,67	8,19	8,47	9,05	9,39	8,66
Depositen der Regierung	1,40	1,32	1,66	1,06	1,04	1,79	2,72	1,52
Finanzpassiven	22,93	23,44	23,50	22,52	23,36	23,40	23,24	22,78

Quelle: Zentralbank

ligt ist, sowie von AC Inversora, die 50% von Azul Televisión besitzt und den beiden zu gleichen teilen gehört. Telefónica behält die offenen Fernsehkanäle Telefé, Azul und das Sendernetz im Landesinneren, sowie die Rundfunksender Continental und La Red. CEI behält die Beteiligung an Atlántida, deren Kontrolle Vigil ausübt. Die Beteiligungen von TyC (Torneos y Competencias) von je 10,6% an den Unternehmen entstanden aus einer Schuld von CEI und Telefónica an TyC und wird von Telefónica ab-

gegolten werden.

\*\*\*

Die Compañía de Radiocomunicaciones Móviles, von der Bell South 65% besitzt, die in Argentinien unter der Marke Movicom/Bell South Fernverbindungsdienste bietet, hat mit Lucent Technologies einen Vertrag für die Schaffung eines drahtlosen Fernverbindungsnetzes in Argentinien unterzeichnet. Damit soll ausser Gross Buenos Aires auch das restliche Land bedient werden. Das CDMA (Code Division Multiple Acces) System sieht eine Reihe von Relaisstationen im ganzen Land vor.

\*\*\*

Die Kammern des Überland-, Wasser und Lufttransportgewerbes erklären sich ausserstande, die Lehrersteuer, die ab 15.11. wieder eingetrieben werden soll, zu bezahlen. Obwohl die Behauptung nicht neu ist, haben sich zum ersten Mal Luft- und Wasserschifffahrt, Busfahrer und Lkw-Frachtdienste zusammenschlossen, um eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Sie besagt, dass die Belastungen durch Steuern, Gebühren, Beiträge, Mauten und andere Zahlungen, die dem Transportwesen aufgebürdet werden, die Entrichtung dieser Steuer unmöglich machen.

\*\*\*

Das Energiesekretariat hat Repsol YPF ermächtigt, 13,86 Mrd. cbm Erdgas aus dem Nordwestbecken über die Gasocucto Norandino-Leitung nach Chile auszuführen. Der Beschluss 576/99 (Amtsblatt vom 4.11.99) gestattet die Lieferung von 1,75 Mio. cbm/Tag durch 17 Jahre an Electroandina und der Beschluss 565/99 die von 3,72 Mrd. cbm in 17 Jahren an die Empresa Eléctrica del Norte Grande.

\*\*\*

Die Bisel Bank hat Obligationen für US\$ 30 Mio. auf 6 Jahre und 8

## Techint übernimmt Mehrheit der japanischen NKK-Röhrenfabrik

Aufgrund eines in Tokio mit Siderca (Techint-Konzern) unterzeichneten Absichtsbriefes trennt das japanische Hüttenwerk NKK seine Abteilung nahtlose Rohre, mit einem Werk in Keihin, vom Konzern ab und integriert sie in ein Joint venture mit der argentinischen Firma, die 51% desselben besitzen wird. 49% verbleiben in Händen der Japaner. NKK wird den Stahl und die notwendigen Dienstleistungen für das neue Unternehmen stellen. Techint zahlt US\$ 50 Mio. in die neue Firma ein. Der finanzielle Beitrag von NKK soll Ende September 2000 festgelegt werden.

Das Abkommen sieht weiter technischen Beistand der NKK-Gruppe für die SDT vor, die aus Siderca, Argentinien, Dalmine, Italien, Tamsa, Mexiko und den von Techint kürzlich erworbenen brasilianischen Siat und Confab gebildet ist. Der technische Beistand soll in den Bereichen Stahlerzeugung für nahtlose Rohre und Erzeugung letzterer geleistet wer-

den. Im Gegenzug stellt Siderca dem neugegründeten Unternehmen sein Vertriebsnetz zur Verfügung, das seinerseits SDT-Erzeugnisse in Japan vertreiben wird.

Die SDT-Gruppe bestreitet 12% der weltweiten Fertigung nahtloser Rohre und 16% des weltweiten Handels mit denselben. An den weltweiten Lieferungen von nahtlosen Rohren für die Energiewirtschaft ist sie mit 25% beteiligt. Mit 20 Vertriebsstellen setzt sie US\$ 2,5 Mrd. im Jahr um. Der neugegründete Partner erweitert die derzeitige Kapazität von Techint, 2 Mio. Jato, um weitere 230.000 Jato nahtloser Rohre. Die Geschäftsverbindung zwischen Techint und NKK wurde 1997 eingeleitet, als die beiden ein Abkommen über den Verkauf von Verbindungsflanschen für nahtlose Rohre für Erdölbohrungen trafen. Die Zusammenarbeit wurde auf andere Erzeugnisse und auf gegenseitige just in time-Lieferungen erweitert.

## Die 10 meistverkauften Pkw des Jahres

Modell Oktober Modell Jan/Okt.

Gol	2.533	Gol	23.827
Corsa	2.315	Corsa	16.688
Uno	2.053	Palio	13.947
Palio	2.000	Escort	13.015
Clio	1.983	Clio	12.584
Ka	1.635	Mégane	11.643
Duna	1.520	Uno	11.221
Fiesta	1.236	R-19	11.211
Escort	1.211	Polo	10.027
Polo	1.188	Ka	9.773

## Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)

1997		1998	
Nov.	20.748.776	96.961.488	
Dez.	38.371.827	41.960.030	
1998		1999	
Feb.	21.525.670	26.357.337	
März	83.737.695	65.728.180	
Apr.	207.403.411	121.580.546	
Mai	52.516.568	179.126.403	
Juni	107.698.425	41.909.811	
Juli	22.915.851	3.849.203	
Aug.	37.593.175	67.863.370	
Sep.	37.996.155	44.575.111	
Okt.	85.853.765	40.291.535	

Monate zum günstigen Satz von 3 Punkten über Libor (derzeit 8,07%) untergebracht. Die Mittel sollen für die Abrundung der Übernahme der Banken de Entre Rios und Israelita de Córdoba und weitere Darlehen eingesetzt werden.

\*\*\*

Der US-Investmentfonds Golden Alliance Assurance hat 50% der privaten Krankenkasse Pragma für

US\$ 5 Mio. übernommen. Kontrolle, Verwaltung und Technologietransfer wird von ihrer Tochtergesellschaft Health Care Alliance Group übernommen. Es war die erste Etappe eines Investitionsplanes von US\$ 20 Mio. in Unternehmen dieser Art in Argentinien.

\*\*\*

Die Umstrukturierung der Schuld von US\$ 700 Mio. des Textil- und Schuhwerkunternehmens Alpargatas hat ergeben, dass die bisherigen Hauptanteilseigner, die Familien Gotelli, Zavalía Lagos und Clutterbuck, 7% der Aktien behalten. 93% gehen an die Gläubigerbanken über. Der bisherige Firmenpräsident Patricio Zavalía Lagos tritt zurück und einem Verwaltungsrat bei.

\*\*\*

Endenor-Präsident Fernando Ponnaso erklärte, die Tarife für den Raum von Buenos Aires und Umgebung würden ab Mai um 10% zurückgehen, weil dann die Verpflichtung abläuft, von den ehemaligen Segba-Kraftwerken (Central Puerto, Central Costanera und Central Dock Sud) den Strom zu einem vorbestimmten Preis zu kaufen, der weit über dem Marktpreis liegt.

\*\*\*

Der Präsident des provinzeigenen Stromunternehmens von Córdoba, EPEC, Carlos Bastos (ehemaliger Energiesekretär unter Cavallo) kündigte die Privatisierung dieses Unternehmens an, das einen Preis von \$ 500 bis \$ 600 Mio. hät-

## PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise (Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
					I	II	I	II		
<b>1998</b>										
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	-10,0	0,2	-1,0
Oktober	-0,4	0,9	-1,1	-4,9	0,1	0,2	-1,4	-11,7	0,0	-0,9
November	-0,2	0,8	-0,9	-5,8	0,0	0,1	-1,4	-13,0	0,2	-0,3
Dezember	0,0	0,7	-1,1	-6,3	-0,5	-0,4	-4,8	-16,4	0,1	0,0
<b>1999</b>										
Januar	0,5	0,5	-0,5	-5,5	0,0	-0,4	-5,6	-16,6	0,3	0,2
Februar	-0,2	0,0	-0,8	-6,5	0,0	-0,4	-2,2	-19,4	0,3	0,6
März	-0,8	-0,6	0,2	-6,2	-0,7	-0,7	-0,2	-19,1	-0,3	0,7
April	-0,1	-0,7	0,9	-5,4	0,0	-1,1	3,6	-17,2	-0,4	0,2
Mai	-0,5	-1,2	0,0	-5,2	0,0	-1,1	-2,5	-20,0	-0,2	0,1
Juni	0,0	-1,3	-0,1	-5,2	-0,3	-1,4	0,0	-20,4	-0,2	0,2
Juli	0,2	-1,5	0,2	-4,8	0,1	-1,3	-1,0	-20,7	0,0	0,1
August	-0,4	-1,9	0,2	-2,9	0,0	-1,4	0,8	-18,8	-0,5	0,1
September	-0,2	-2,0	0,9	-2,1	0,0	-1,4	1,4	-20,6	-0,1	0,0
Oktober	0,0	-1,7	-0,1	-1,2	-0,1	-1,6	-1,8	-13,1	-0,2	-0,1

Quelle: INDEC

te. Die letzte Entscheidung liege dem Gouverneur De la Sota vor. Bastos sagte, wenn das Unternehmen nicht privatisiert werde, so bedeute dies, Geld in ein Fass ohne Boden zu werfen. Anfang des nächsten Jahres könne das provinzielle Gesetz für diese Privatisierung fertig sein. Bastos wies darauf hin, dass die Privatisierung eine Tarifsenkung von bis zu 15% gestatten werde. Ebenfalls betonte er, die privaten Eigner müssten mindestens 51% des Kapitals haben. Die radikalen Gouverneure Angeloz und Mestre hatten sich der Privatisierung von EPEC widersetzt.

\*\*\*

#### **Die Banken Itaú und Buen Ayre**

**haben fusioniert und werden jetzt als „Banco Itaú Buen Ayre“ tätig sein.** Das Nettovermögen wird vorerst \$ 167 Mio. betragen und die Aktiven \$ 836 Mio., bei Depositen von \$ 454 Mio. Die Bank hat 90 Agenturen und 350 automatische Kassenschalter. Die brasilianische Itaú hat ein Nettovermögen von US\$ 3,14 Mrd., bei Aktiven von US\$ 31,8 Mrd., und ist eine der grössten Banken von Lateinamerika. Sie liess sich 1995 in Argentinien nieder und hat seither US\$ 370 Mio. investiert. 1998 übernahm sie für US\$ 225 Mio. die Banco del Buen Ayre von der Familie Garfunkel. Die Fusion ist jedoch erst jetzt perfekt.

\*\*\*